

Deutsche Böden



Berichte

- 3 Georg Elser – Tat und Erinnerung
von Peter Steinbach und Johannes Tuchel
- 11 KZ Gedenkstätte Flossenbürg – Retrospektiven und Ausblicke
von Jörg Skriebeleit
- 19 Beratung für Verfolgte des NS-Regimes
von Sonja Schlegel
- 27 Deutsche Böden Berlin – Weimar
von Horst Hoheisel und Andreas Knitz
- 34 15 Jahre Aktives Museum Faschismus und Widerstand
in Berlin e.V.
von Georg Armbrüster

Infos/News

- 41 Veranstaltungshinweise
- 45 Literaturhinweise

Einlage

Einladung und Programm zum bundesweiten Gedenkstättenseminar
vom 15.–18. Oktober 1998 in Nordhausen:
SS, Wirtschaft und Konzentrationslager in der letzten Kriegsphase –
Das Beispiel KZ Mittelbau-Dora

Titelseite: »Deutsche Böden«

oben: Grundstück für das Holocaust-Denkmal

mitte: Grundstück: Topographie des Terrors

*unten: Grundstück: Marstall Weimar, ehemalige Gestapozentrale Thüringen
geschredderte Gestapo-Gebäude (1997/98)*

Fotos: Hoheisel-Knitz

Siehe dazu auch den Beitrag von Horst Hoheisel und Andreas Knitz:

»Deutsche Böden. Berlin – Weimar« in diesem Rundbrief.

Georg Elser – Tat und Erinnerung

von Peter Steinbach und Johannes Tuchel

1. Zur Vorgeschichte der Georg Elser Gedenkstätte in Königsbronn

Bereits in den achtziger Jahren fanden sich in Königsbronn und Heidenheim einige Bürgerinnen und Bürger zusammen, um hier an einen ehemaligen Mitbürger zu erinnern, den Schreinergehilfen Georg Elser. Georg Elser war es, der am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller einen Anschlag auf Adolf Hitler verübte, der nur durch Zufall scheiterte. Sein Motiv war eindeutig: »Ich habe den Krieg verhindern wollen« – diese Aussage durchzog alle Verhöre Georg Elser.

Mit Vortragsveranstaltungen, Lesungen und Diskussionen erinnerte der Georg-Elser-Arbeitskreis immer wieder an den lange vergessenen Bürger Königsbronns und an seine Tat. Vor einigen Jahren erhielt das Haus in der Herwartstraße 3 eine Tafel zum Gedenken an Georg Elser. Bald darauf stimmte der Gemeinderat dem Aufbau einer Gedenkstätte zu. Der junge Bürgermeister Michael Stütz und sein Hauptamtsleiter Joachim Ziller hatten sich das Anliegen des Arbeitskreises zu eigen gemacht. Am 14. Februar 1998 wurde schließlich in Königsbronn die Georg Elser Gedenkstätte eröffnet, die einen Überblick über das Leben und die Tat von Georg Elser gibt.

Thematisch wurde die ständige Dokumentation von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gemeinsam mit dem Georg-Elser-Arbeitskreis erarbeitet, bedeutsam war aber vor allem die breite Unterstützung vor Ort. Die Gemeinde Königsbronn stellte ein Haus unmittelbar in der Nähe des barocken Rathauses zur Verfügung und übernahm die organisatorische Trägerschaft. Finanzielle Unterstützung erhielt die Gemeinde dabei vom Land Baden-Württemberg und von der Kultur-Stiftung der Deutschen Bank, wobei sich vor allem Dr. Brigitte Seebacher-Brandt persönlich stark engagierte. Hinzu kamen Mittel von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, aber auch von der Robert-Bosch-Stiftung und von der Daimler-Benz-AG.

Die Ausstellung in Königsbronn ist auch in Berlin zwischen Juli und Dezember 1998 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu sehen. Sie war vom Ausstellungsgestalter Prof. Hans Peter Hoch aber bereits für die Gedenkstätte in Königsbronn geplant, wo die Dokumentation jetzt als Dauerleihgabe steht. Bürgerschaftliches Engagement führte in Heidenheim und Königsbronn dazu, daß die Erinnerung an Georg Elser wachgehalten wurde. Siegfried Vergin, MdB und Vorstandsmitglied von »Gegen Vergessen – Für Demokratie« hatte den Kontakt zur Gedenkstätte Deutscher Widerstand hergestellt. Deshalb war es in kurzer Zeit möglich, eine aussagekräftige Dokumentation zu erarbeiten, die an einen bisher oftmals übersehenen Widerstandskämpfer erinnert.

2. Georg Elser

Am 8. November 1939 versuchte Georg Elser, Hitler durch ein Attentat im Bürgerbräukeller zu töten und so die Ausweitung des am 1. September 1939 von Deutschland begonnenen Krieges zu verhindern. Der 1903 im württembergischen Hermaringen geborene Georg Elser wuchs in Königsbronn auf. Er galt früh als handwerklich und

zeichnerisch besonders begabter Schüler. Nach siebenjähriger Schulzeit und einer aus gesundheitlichen Gründen abgebrochenen Lehre im Hüttenwerk Königsbronn erlernte er das Schreinerhandwerk. Georg Elser war bald als ein sehr geschickter Schreinergeselle bekannt, der großen Wert auf sorgfältige Arbeit legte. Elser gelang es, auch komplizierteste Gegenstände zu fertigen. Er empfand Stolz auf seinen Beruf. Auffällig war sein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn. Wurde Elser ein angemessener Lohn verweigert, so wechselte er den Arbeitsplatz. Sowohl im Berufs- als auch im Privatleben legte er größten Wert auf seine Unabhängigkeit.

Georg Elser galt als ein zwar oftmals schweigsamer, aber dennoch geselliger Mensch. Seit seiner Schulzeit musizierte er. In Konstanz gehörte er einem Trachtenverein an, später dem Zitherverein in Königsbronn. Im Gesangverein seines Heimatortes spielte er den Kontrabaß und musizierte oft auf Tanzabenden. Elser wanderte gerne zusammen mit seinen Freunden und war auch bei Frauen beliebt. Seine Freundin Mathilde Niedermann brachte 1930 den einzigen Sohn Elsers, Manfred, zur Welt.

Politische Anregungen und Anstöße erhielt Elser erst während seiner Lehrzeit. Er wurde Mitglied im Holzarbeiterverband und trat 1928/29 dem kommunistischen Roten Frontkämpferbund bei, ohne sich in beiden Organisationen stark zu engagieren. Bis 1933 wählte er die Kommunistische Partei Deutschlands, weil er sie für die beste Vertretung der Arbeiterinteressen hielt.



*Georg Elser (rechts)
mit seiner Freundin
Mathilde Niedermann
und seinem jüngeren
Bruder Leonhard
auf der Insel Mainau
(Bodensee), um 1929
Abb.: Archiv der
Gedenkstätte
Deutscher Widerstand*

3. Das Attentat vom 8. November 1939

Georg Elser lehnte den Nationalsozialismus von Anfang an radikal ab. Nationalsozialistischen Demonstrationen schenkte er keine Aufmerksamkeit. Er verweigerte konsequent den »Hitlergruß« und nahm auch nicht am gemeinschaftlichen Empfang von Hitlerreden im Rundfunk teil. Ein erstes und wichtiges Motiv für seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus war die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft während der ersten Jahre des NS-Regimes.

Elser nahm ebenso Anstoß an der Einschränkung der individuellen Freiheitsrechte durch die NS-Führung nach 1933. Er widersetzte sich bewußt dem totalen Anspruch der nationalsozialistischen Erziehung und Propaganda. Elser, der im christlichen Glauben verwurzelt war, registrierte auch die spürbare Unterdrückung der Glaubens- und Religionsfreiheit. Sein Verständnis von Politik war stark durch sein persönliches Freiheits- und Unabhängigkeitsstreben geprägt.

Das ausschlaggebende Motiv für Elsers Entschluß, die nationalsozialistische Führung durch ein Attentat zu beseitigen, war jedoch sein Wunsch, einen drohenden Krieg zu verhindern. Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 war er sich sicher, daß nun ein Weltkrieg bevorsteht. Mit seiner Tat wollte Elser im November 1939 »noch größeres Blutvergießen« durch die Ausweitung des Krieges im Westen vermeiden.

Georg Elser bereitete seit Herbst 1938 seine Tat zielstrebig vor. Mit dem Saal im Münchener Bürgerbräukeller fand er einen geeigneten Ort für sein Attentat auf die NS-Führung. In monatelanger Arbeit konstruierte Elser einen Sprengkörper, entwickelte eine mechanische Zündvorrichtung und verschaffte sich Preßpulver. Zugleich prüfte er die Möglichkeiten eines illegalen Grenzübertritts bei Konstanz, um so aus Deutschland zu entkommen.

Seit dem Frühjahr 1939 beschäftigte sich Elser nur noch mit den Vorbereitungen für den Anschlag. Um sich Sprengstoff zu beschaffen, nahm er Arbeit in einem Steinbruch in Königsbronn an. Unbemerkt konnte er genügend Sprengpatronen und -kapseln entwenden. Einen Arbeitsunfall im Mai 1939 nutzte Elser zu weiteren Vorbereitungen und unternahm im Juli 1939 Zündversuche im Obstgarten seiner Eltern. Im August 1939 mietete er sich in München ein Zimmer. Elser lebte von seinen Ersparnissen und präparierte mit einfachen Werkzeugen in mehr als 30 Nächten die Säule über Hitlers Rednerpult im Bürgerbräukeller.

In der Nacht vom 2. auf den 3. November 1939 füllte er den mühsam geschaffenen Hohlraum in der Säule mit Sprengstoff, in der Nacht vom 5. auf den 6. November installierte er den Zündmechanismus mit zwei Uhrwerken. Am selben Tag besuchte er seine Schwester in Stuttgart und verabschiedete sich von ihr. Einen Tag später kehrte Elser nach München zurück, um seinen Zeitzünder erneut zu kontrollieren. In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1939 stellte er fest, daß die Uhrwerke richtig liefen. Nun fuhr er am 8. November nach Konstanz, um dort illegal die Grenze zur Schweiz zu überschreiten. Um 20.45 Uhr wurde er von einer Zollstreife festgenommen und der örtlichen Grenzpolizei übergeben. Gegen 21.20 Uhr explodierte der Sprengkörper im Bürgerbräukeller, den Hitler erst 13 Minuten zuvor, um 21.07 Uhr, – und damit unerwartet früh – verlassen hatte.

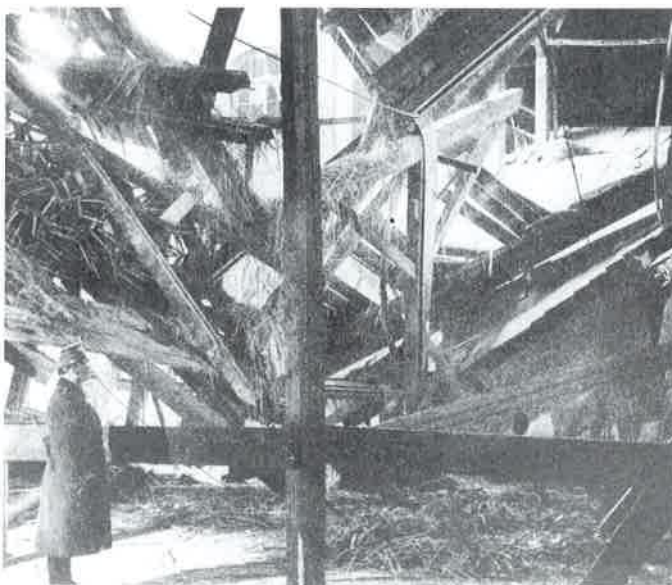
4. Verhöre, Haft und Tod

Bei seiner Festnahme trug Georg Elser eine Ansichtskarte des Bürgerbräukellers, ein Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes, Aufzeichnungen über Rüstungsfertigungen sowie einige Teile des Zeitzünders bei sich. Als der Anschlag auf Hitler in Konstanz bekannt wurde, brachte die Polizei Elser nach München. Dort wurde er in der Staatspolizeileitstelle München im Wittelsbacher Palais verhört und gefoltert. In der Nacht vom 13. auf den 14. November 1939 gestand Elser seine Alleintäterschaft.

Die Nationalsozialisten schenkten seiner Behauptung, alleine gehandelt zu haben, zunächst keinen Glauben. Hitler selbst vermutete hinter dem Anschlag den britischen Geheimdienst. Diese Deutung stellte die NS-Propaganda in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung. Dabei nutzte sie die Entführung von zwei britischen Geheimagenten im niederländisch-deutschen Grenzort Venlo aus. Dieses Ereignis stand in keinem Zusammenhang mit dem Attentat, sondern war vom Sicherheitsdienst des Reichsführers SS lange vorbereitet worden. Die NS-Propaganda behauptete, die in eine Falle gelockten Agenten seien die »Hintermänner« des Münchener Anschlags.

Die Vernehmungsbeamten der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei waren hingegen schon nach kurzer Zeit sicher, daß Elser allein gehandelt hatte. Fast alle Angehörigen Elsers wurden festgenommen, nach Berlin gebracht und dort im Reichssicherheitshauptamt verhört. Erst nach einigen Wochen wurden sie freigelassen, nachdem sie zum Schweigen verpflichtet worden waren.

Die Gestapo verhörte auch in Königsbrunn viele Einwohner. Der Steinbruchbesitzer Georg Vollmer, bei dem Elser gearbeitet hatte, wurde für mehr als ein Jahr in einem Konzentrationslager festgehalten. Die Polizei warf ihm vor, Elser den Zugang zu den Sprengstoffen im Steinbruch zu leicht gemacht zu haben. Um weitere Informationen zu erlangen, verhörte die Geheime Staatspolizei zwischen dem 19. und 23. November 1939 Georg Elser erneut im Berliner Reichssicherheitshauptamt in der Prinz-Albrecht-Straße 8. Immer wieder mußte er seine Tat bis ins Detail erläutern und Skizzen anfer-



*Der zerstörte Saal
des Bürgerbräukellers
München,
November 1939
Abb.: Archiv der
Gedenkstätte
Deutscher Widerstand*

tigen, mit deren Hilfe er in der Haft auch seinen Sprengkörper rekonstruierte. Das ausführliche Protokoll dieser Vernehmungen gilt bis heute als der wichtigste Zugang zum Denken und Handeln von Georg Elser.

Die nationalsozialistische Führung wollte erst nach dem erwarteten Sieg über Großbritannien vor dem Volksgerichtshof einen Schauprozeß gegen Elser durchführen. Deshalb wurde er nach Abschluß der Vernehmungen als »Sonderhäftling« im Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen, später im Konzentrationslager Dachau gefangengehalten. Am 9. April 1945 wurde Georg Elser dort auf Weisung von »höchster Stelle« erschossen. Am selben Tag ermordeten die Nationalsozialisten im Konzentrationslager Flossenbürg Dietrich Bonhoeffer gemeinsam mit anderen Widerstandskämpfern.

5. Wahrnehmung und Würdigung

Georg Elzers Tat jedoch wurde in den Nachkriegsjahren nicht anerkannt, sondern diffamiert. Fast nahtlos setzte sich die nationalsozialistische Deutung fort.

Es muß daran erinnert werden, daß der Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis weit nach 1945 heftig umstritten war. Erst in den fünfziger Jahren wurde seine Bedeutung für die politische Kultur der Bundesrepublik und ihr demokratisches Selbstverständnis deutlich. Seit Mitte der fünfziger Jahre wurden etwa die Militäropposition, der 20. Juli 1944 oder die Münchener Studenten der Weißen Rose im öffentlichen Bewußtsein akzeptiert.

Die Tat Georg Elzers gehörte jedoch zu den Aspekten des Widerstandes, um die sich noch lange Zeit Gerüchte rankten. Das Bild, das die Propaganda der Nationalsozialisten von ihm gezeichnet hatte, sollte noch lange Zeit Gültigkeit haben. Noch lange nach 1945 wurde Georg Elser oftmals diffamiert und sein Handeln verschiedensten Auftraggebern zugeordnet. Heute können seine Alleintäterschaft und seine politisch-moralische Motivation nicht mehr bezweifelt werden.



*Georg Elser bei der
Rekonstruktion seines
Anschlags während
eines Gestapo-Verhörs
Berlin,
Ende November 1939
Abb.: Archiv der
Gedenkstätte
Deutscher Widerstand*

Die Diffamierung setzte kurz nach der Tat ein: Die Gestapo akzeptierte zwar kurz nach Elser's Festnahme und den ersten Verhören bereits Mitte November 1939 die Täterschaft Elser's. Die NS-Propaganda stellte Elser jedoch als das Werkzeug des englischen Geheimdienstes und des exilierten Führers der »Schwarzen Front«, Otto Strasser, dar. Ausländische Pressestimmen, die diese unhaltbaren Behauptungen nicht akzeptierten, gingen dagegen davon aus, die NS-Führung selbst habe den Anschlag inszeniert. Damit solle der Mythos des von der »Vorsehung« geschützten »Führers« Adolf Hitler untermauert werden. Nach 1945 setzte sich diese Einschätzung zuerst auch in Deutschland durch. Die Interpretation, Elser sei ein Agent provocateur der Gestapo, schien zuerst durch vielfache Äußerungen gestützt:

- Martin Niemöller, seit 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert, erklärte 1946 mehrfach, Elser sei SS-Unterscharführer gewesen und habe das Attentat auf Hitler's persönlichen Befehl verübt.
- Captain Payne Best, 1939 von Schellenbergs Auslands-SD zusammen mit einem anderen Angehörigen des englischen Geheimdienstes bei Venlo festgenommen und in der NS-Propaganda als »Drahtzieher« des Elser-Attentats beschuldigt, behauptete, der »Ex-Kommunist Elser« sei mit dem Attentat beauftragt worden, um – ähnlich wie am 30. Juni 1934 – Hitler-kritische Nationalsozialisten zu ermorden.
- Walter Uslepp, SS-Unterscharführer und 1943/44 Elser's Bewacher im Zellenbau des KZ Sachsenhausen, verbreitete die Version, daß Elser ihm gesagt habe, er sei als Angehöriger der Allgemeinen SS von Himmler und Hitler persönlich mit dem Anschlag zur Ausschaltung führungskritischer Nationalsozialisten beauftragt worden.

All diese Versionen standen auf sehr schwachen Beinen. Während Niemöller und Payne Best nur Gerüchte aus Sachsenhausen weitergaben, die sich in dieser Form auch in anderen Häftlingsberichten fanden, waren die Motive des ehemaligen SS-Unterscharführers Uslepp nur zu durchsichtig. Vor allem die Wirkung des Buches von Payne Best darf für die weitere Rezeptionsgeschichte des Elser-Attentats nicht unterschätzt werden. Tatsächlich aber sind fast alle Details, die er über Elser berichtet, frei erfunden und stimmen mit den historischen Fakten nicht überein. Martin Niemöller gab schließlich zu, daß er Elser überhaupt nur einmal kurz gesehen hatte.

Spekulationen gab es immer um Zusammenhänge zwischen Elser und Otto Strasser, dem Führer der »Schwarzen Front«. Ebenso gab es die These, daß Georg Elser über den Geschäftsmann Karl Kuch oder sogar direkt Kontakte zu Otto Strasser gehabt habe. Selbst wenn es die Bekanntschaft zwischen Karl Kuch und Georg Elser in enger Form gegeben haben sollte, so muß auf die banale Tatsache verwiesen werden, daß Karl Kuch bei einem Verkehrsunfall im Juni 1939, also fünf Monate vor dem Attentat, ums Leben kam. Wäre Elser nur ein Werkzeug von Karl Kuch gewesen, dann hätte er in den folgenden Monaten Gelegenheit genug gehabt, von seinen Attentatsplänen zurückzutreten, statt diese konsequent in die Tat umzusetzen. Was die angeblichen Kontakte zwischen Elser, Kuch und Strasser angeht, so werden sie von Otto Strasser selbst in einem Brief vom 15. Mai 1964 eindeutig widerlegt: »Ein Mann namens Karl Kuch ist mir völlig unbekannt; er kann schon deshalb 1939 nicht »wenige Häuser von mir entfernt« gewohnt haben, weil ich nie in Zürich wohnte, sondern ... immerhin 20 km von Zürich weit weg ... Ein Zeug wird zusammenfabuliert – scheußlich!«

1969 veröffentlichte Anton Hoch vom Institut für Zeitgeschichte die Ergebnisse seiner Recherchen und konnte zweifelsfrei mit den alten Mythen um Elser aufräumen. Hoch konnte belegen, daß Elser weder der SA noch der SS angehört hatte und sein Lebensweg bis November 1939 eindeutig überschaubar ist. Damit war klar, daß Elser vor dem Attentat weder vor 1939 im KZ gewesen noch von Hitler oder Himmler beauftragt worden war.

Ein Jahr später veröffentlichte Lothar Gruchmann das Protokoll der Vernehmung Elsers, die er in den Akten des Reichsjustizministeriums im Bundesarchiv gefunden hatte. Dieses eindrucksvolle Dokument ist zwar über weite Strecken in der Sprache der Täter gehalten; es ermöglicht uns dennoch wichtige Einblicke in das Leben und in das Denken von Georg Elser. Die Publikationen von Hoch und Gruchmann leiteten eine Wende in der öffentlichen und wissenschaftlichen Einschätzung zu Georg Elser ein.

Dennoch blieb Georg Elser weiterhin jene öffentliche Anerkennung versagt, die seine Tat verdient. Es ist zwar leider nur eine Spekulation, aber ein Gelingen seiner Tat hätte mit großer Wahrscheinlichkeit sowohl die Ausweitung des im Herbst 1939 begonnenen Krieges als auch den Massenmord an den Juden Europas verhindern können. Insofern ist es logisch, wenn Joseph Peter Stern in Elser den »wahren Antagonisten« Hitlers und dessen »moralisches Gegenbild« sieht.

Lothar Gruchmann konstatierte 1981: »Elser war weder ein von krankhafter Ruhmsucht noch von niedrigen Tötungsinстинkten getriebener Krimineller, der von anderen als Werkzeug benutzt wurde. Seine – eigenen Überlegungen entsprungenen – Motive für die Tat berechtigten vielmehr, ihn unter die Männer des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime einzureihen.«

So ist es eine logische Folge, daß auch Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944 ausdrücklich der Tat Elsers gedachte.

Doris Ehrhardt hielt 1996 als Fazit ihrer Studie fest: »Daß Elser sich in keine politische Gruppierung einordnen läßt, ist ... ein Grund, warum er für das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland keine Bedeutung hat und im Bewußtsein der Deutschen kaum Platz fand. Andererseits würde ihn gerade seine politische Unabhängigkeit dafür prädestinieren, ihn als Widerstandskämpfer aller Deutschen zu sehen. Elsers politische Haltung ist gekennzeichnet von radikaler Ablehnung des Nationalsozialismus, von Pazifismus, vom Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit und individuellen Freiheitsrechten. Es fällt schwer zu glauben, daß sich »die Deutschen« damit nicht identifizieren können.«

6. Wanderausstellung zu Georg Elser – Publikationen

Wegen des starken Interesses hat die Gedenkstätte Deutscher Widerstand die Dokumentation zu Georg Elser auch als Wanderausstellung produziert. Eine Fassung wird in Berlin noch bis Anfang November 1998 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu sehen sein.

Ein weiteres Exemplar der Ausstellung wird ab Mai 1998 in folgenden Orten zu sehen sein: Augsburg (Mai 1998), Memmingen (Juni 1998), Stuttgart (Juni/Juli 1998), Oldenburg (September 1998), München (Oktober 1998), Bremen (November 1998 bis Januar 1999), Heidelberg (November 1998 bis Januar 1999), Wiesbaden, Braunschweig,

*Gedenkstätte
Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13/14
10785 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 9–18 Uhr,
Sa und So 9–13 Uhr*

*Biographische Wand in
der Elser-Gedenkstätte
Foto:
Hermann Kiessling
Archiv der Gedenk-
stätte Deutscher
Widerstand*



Breitenau, Konstanz. Die genauen Veranstaltungsorte sind in der nächsten Ausgabe des Gedenkstättenrundbriefes zu finden.

Die Ausstellung umfaßt achtzehn Tafeln (je 2,15 m hoch, 1 m breit, ca. 14 kg schwer). Sie sind als Stellwände mit Bodenberührung konzipiert, haben eine rückseitige Stütze und können nicht an eine Wand gehängt werden. Hinzu kommen sieben Mappen (Format: 43 x 34 x 8 cm) mit Dokumenten, die zum Lesen ausgelegt werden können: »Das Verhörprotokoll« I bis V und »Georg Elser und das Bürgerbräu-Attentat im Spiegel der Presse nach 1945« I bis II.

Die Gedenkstätte verleiht die Ausstellung kostenlos. Jedoch muß der Entleiher sie mit 60 000,- DM versichern und die Kosten des Transports von der Gedenkstätte in Berlin zum Ausstellungsort und zurück tragen.

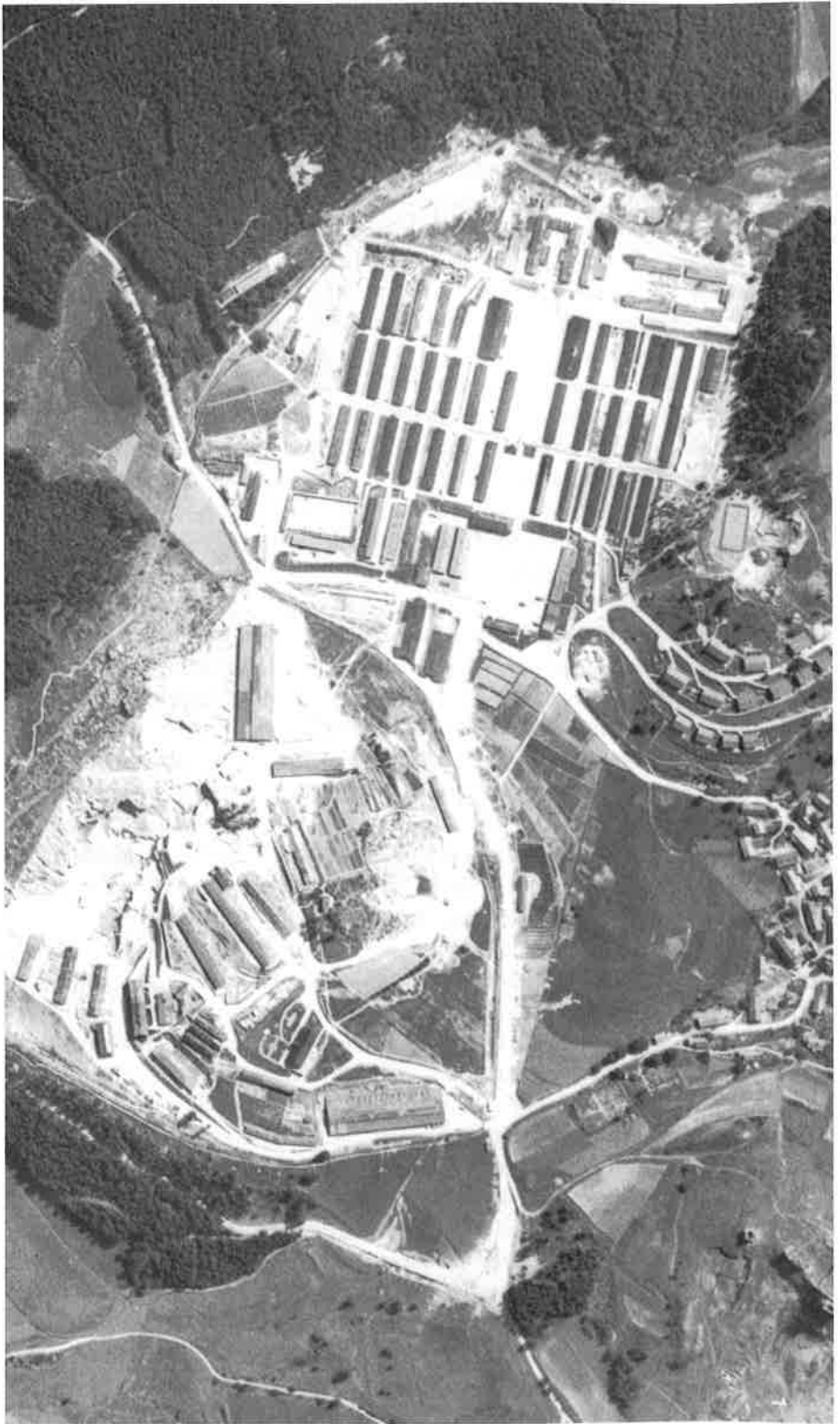
Wenn Sie Interesse haben, die Dokumentation (18 Tafeln, 7 Mappen) auszuleihen, setzen Sie sich bitte mit Herrn Ferdinand Schwenkner, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin, Tel. 030-26 99 50 00, Fax 030-26 99 50 10 in Verbindung. Gegen Einsendung von 20,- DM ist bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand auch ein Katalog zur Dokumentation erhältlich: Peter Steinbach und Johannes Tuchel: »Ich habe den Krieg verhindern wollen«. Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939. Eine Dokumentation, Berlin 1997, 112 Seiten. Gegen Einsendung von 5,- DM ist ein Begleitheft zur Ausstellung (32 S.) erhältlich. In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand selbst sind der Katalog für 15,- DM und das Begleitheft für 3,- DM zu erwerben.

*Prof. Dr. Peter Steinbach,
Hochschullehrer an der
Freien Universität
Berlin, ist wissen-
schaftlicher Leiter der
Gedenkstätte
Deutscher Widerstand.
Dr. Johannes Tuchel ist
Leiter der Gedenkstätte
Deutscher Widerstand.*

Kontakte: Georg Elser, Gedenkstätte, Herwartstraße 3 (am Rathaus), 89551 Königsbrunn

*Öffnungszeiten: Samstag: 14-17 Uhr, Sonntag: 11-17 Uhr, Feiertag: 11-17 Uhr
Werktags für Gruppen nach Voranmeldung unter 073 28-962 50 (Rathaus).
Ansprechpartner ist Herr Ziller.*

Konzentrationslager
Flossenbürg
aufgenommen
am 12. 8. 1944
Quelle: National
Archives; ON 068626





KZ-Gedenkstätte
Flossenbürg und ehe-
maliges Lagergelände
im heutigen Zustand.
Aufnahme vom
6. 6. 1996 aus dem
Landesluftbildarchiv
des Freistaates Bayern
(Bildnummer 562;
Bildflugnummer
96010/0)
Veröffentlichung
genehmigt mit
Nr. 2585/98 durch das
Bayerische Landes-
vermessungsamt

Das zentrale Verwaltungsgebäude, die sogenannte Kommandantur, die Lagerküche und -wäscherei mit dem Areal des Appellplatzes, das SS-Kasino, das DEST-Verwaltungsgebäude sowie die SS-Führerhäuser.

Die Marginalität, welche das KZ Flossenbürg und die Gedenkstätte im öffentlichen Diskurs einnahmen, spiegelt sich leider auch seitens der historischen Wissenschaften wider.

Der erste, signifikanterweise von einem Journalisten unternommene Versuch einer Gesamtdarstellung der Geschichte des KZ Flossenbürg stammt aus dem Jahr 1975. Die Arbeit Toni Siegerts förderte ertragreiche Hinweise zutage und gilt bis heute als Standardwerk. Seitdem wurden nur wenige Einzelbereiche der Lagergeschichte erforscht und das gros – sofern man von gros überhaupt sprechen kann – der Publikationen zu Flossenbürg bewegt sich im populärwissenschaftlichen und journalistischen Bereich, ergänzt durch einige, sehr curricular ausgerichtete, pädagogische Handreichungen, die in ihrer Qualität allerdings oftmals nicht unbedenklich sind. So beginnt eine unlängst publizierte Broschüre eines bayerischen Pädagogenverbandes über das KZ Flossenbürg mit dem Satz »Die Oberpfalz besitzt ein historisches Kleinod«...

Verdienste in Bezug auf die Thematisierung des KZ Flossenbürg erwarben sich vor allem seit Anfang der 80er Jahre unterschiedliche Einzel- und Gruppeninitiativen. Ähnlich der Situation in anderen Orten ehemaliger nationalsozialistischer Terrorstätten, begann sich zu diesem Zeitpunkt auch für Flossenbürg eine Art Gedenkstättenlobby zu formieren. Eine sich primär politisch definierende Geschichtsinitiative, kirchliche Gruppen und diverse Einzelpersonen lieferten wichtige Impulse und Zielvorstellungen für die Gedenkstättenentwicklung. Leider belasteten vor allem in den letzten Jahren äußerst unerfreuliche Konflikte zwischen verschiedenen Beteiligten den Diskurs um das KZ Flossenbürg erheblich.

Neue Perspektiven seit 1995

Das Jahr 1995, der 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers, bedeutete für die Gedenkstätte Flossenbürg erhöhte mediale Aufmerksamkeit, die das Bild eines »vergessenen Konzentrationslagers« transportierte und somit Handlungsbedarf in Bezug auf Ausstattung und Erscheinungsbild der Gedenkstätte anmeldete.

Von Seiten des Freistaates Bayern wurden im Zuge der sich nun verstärkenden öffentlichen Diskussionen erstmals die Notwendigkeit einer Neubewertung und Neukonzeption der Gedenkstätte offiziell anerkannt und eine Art Gedenkstättenbeirat ins Leben gerufen. Eines der ersten und wichtigsten Ergebnisse dieses neuen Gremiums war die Einrichtung einer Informationsstelle für die KZ Gedenkstätte Flossenbürg. Im Frühjahr 1996, 51 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Flossenbürg, wurde das Informationsbüro eröffnet. Zunächst lediglich für den Zeitraum eines Jahres finanziell gesichert und äußerst minimalistisch konzipiert, gewann diese Einrichtung eine unerwartete Eigendynamik. Die an das Informationsbüro, das ursprünglich nur mit der rudimentären Sichtung von Quellen und Erarbeitung von Impulsinformationen für Besucher beauftragt war, gerichteten Anliegen und Erwartungen unterschieden sich tendenziell kaum von den Arbeitsbereichen längst etablierter und personell besser ausgestatteter, größerer Gedenkstätten. Die Wiederentdeckung und Erschließung des achtbändigen Original-Nummerbuchs des KZ Flossenbürg sowie

weiterer namensbezogener Quellen zu Häftlingen unterstrichen die Notwendigkeit weiterer systematischer Forschungen. Dementsprechend wurde die Befristung der Stelle im Informationsbüro um ein weiteres Jahr verlängert.

Der Übergang der staatlichen Zuständigkeiten für die bayerischen Gedenkstätten an die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Jahr 1997 bedeutete für die Einrichtung in Flossenbürg nicht nur einen Stil-, sondern auch einen Qualitätswechsel im Umgang mit staatlichen Stellen. So gibt es inzwischen offizielle Bestrebungen, den Personalbestand des Informationsbüros dauerhaft zu sichern und auszubauen. 1997 markiert aber vor allem insofern eine weitere Zäsur in der Geschichte der Gedenkstätte, weil ein wesentlicher Teil des ehemaligen Konzentrationslagers dem Freistaat Bayern als Schenkung zur Eingliederung in die Gedenkstätte angeboten wurde. Die von der Firma »alcatel« industriell genutzte Lagerküche und die Lagerwäscherei sowie der dazwischen liegende Appellplatz werden noch in diesem Jahr in den Besitz des Freistaates übergehen. Ebenso ist die Gemeinde Flossenbürg bereit, das Kommandanturgebäude dem Staat für Gedenkstättenzwecke zu überlassen. Die Gedenkstätte Flossenbürg wird – so der gegenwärtige Sachstand – um Kernareale des früheren Konzentrationslagers erweitert werden. Diese umfassen nicht nur zentrale Teile des ehemaligen Schutzhaftlagers, sondern auch einen wesentlichen Funktionsbau des SS-Bereichs.

Zur Eröffnung einer Debatte über die Zukunft der Gedenkstätte Flossenbürg fand vom 23. 4.–24. 4. 1998, am 53 Jahrestag der Befreiung des KZ und 60 Jahre nach seiner Gründung, eine wissenschaftliche Tagung unter Beteiligung von Historikern, Architekten, Pädagogen und Baufachleuten statt. Nach Impulsreferaten von Prof. Benz (Berlin) über die Funktion von KZ-Gedenkstätten und Prof. Brenner (München) über jüdische DP's, stand die konkrete Geschichte des Ortes und eine topographische Einführung in die Spezifika der Flossenbürg Gedenkstätte und der historischen Relikte im Vordergrund der Tagung.

Eine der größten Herausforderungen bei der gestalterischen Neukonzeption wird sein, die Spuren der Nachkriegsnutzung vorsichtig zurückzubauen bzw. die in das Gelände eingelagerten Sinn- und Deutungsebenen freizulegen und teilweise abzutragen. Eine Gruppe junger Architekten von der Akademie für bildende Künste in Nürnberg lieferte hierzu wichtige Impulse. Uneinigkeit bestand über den Umgang mit den teilweise direkt auf dem Appellplatz erstellten Fabrikhallen aus den 70er und 80er Jahren. Während die Denkmalpflege für einen Totalabriss der drei Gebäude plädiert, um die geometrische Raumstruktur des ehemaligen KZ wieder sichtbar zu machen, sprach sich Prof. Benz für den Erhalt zumindest des jüngsten Gebäudes und seine kulturelle Nutzung aus. Von den Teilnehmern wurde immer wieder die einzigartige Situation in Flossenbürg und das direkte Nebeneinander von Gedenkstätte und Einfamilienhäusern auf dem früheren Lagergelände betont. Die von Prof. Benz geprägte und von allen Beteiligten unterstützte Maxime lautete: »Die Konzeption der Gedenkstätte muß für die auf diesen Arealen lebende Bevölkerung erträglich sein.«

Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß durch die Integration der zur Debatte stehenden Gebäude in die Gedenkstätte Besucher einen völlig neuen Raumeindruck erhalten würden, der die Dimension des ehemaligen KZ sofort visuell erfahrbar macht.

Da die Gedenkstätte Flossenbürg bislang einer inhaltlichen Konzeption völlig entbehrte, blieben Vorschläge zu einem wissenschaftlichen und pädagogischen Rahmen-

konzept eher vage. Die Notwendigkeit einer weiteren Ausstellung über die Gesamtgeschichte des Nationalsozialismus wurde zumindest von Prof. Benz für Flossenbürg verneint. Es sei viel wichtiger, das Spezifische des Ortes zum Ausdruck zu bringen.

In Flossenbürg könnte nach Überlegungen des Informationsbüros versucht werden, auf der Basis der Geschichte des KZ Flossenbürg sowie der Nachkriegsnutzung des Geländes eine Verknüpfung zu den Postulaten einer Kulturalisierung und Veralltäglichen der Gedenkstättenarbeit (Benz) und ihrer Europäisierung (Faulenbach) herzustellen.

Unter dem Arbeitsbegriff »Euregionale Gedenkstätte« wäre eine inhaltliche Konzeption zu entwickeln, die natürlich die Lagergeschichte des KZ Flossenbürg in den Mittelpunkt stellt. Hierbei gilt, das KZ Flossenbürg zunächst historiographisch neu und umfassend zu erschließen, wobei ein besonderes Augenmerk neben der ausführlichen Darstellung und Entanonymisierung von Häftlingsschicksalen – aber auch von Täterbiographien und -strukturen – auf die annähernd 100 Außenlager zu richten wäre, die sich bis nach Würzburg, Dresden und Leitmeritz (CR) erstreckten. Der bereits bestehende wissenschaftliche grenzüberschreitende Austausch zu Stätten ehemaliger Außenlager, der sehr plastisch mit den unterschiedlichen ost- und westdeutschen sowie tschechischen Erinnerungskulturen konfrontiert, soll auch auf pädagogischer und kultureller Ebene intensiviert werden. Die Gedenkstätte eines Konzentrationslagers mit überwiegend aus Osteuropa stammenden Häftlingen hätte ihr Augenmerk verstärkt Richtung Osten zu richten.

Die vielfach beschriebene biographische Entfernung heutiger Jugendlicher von der Zeit des Nationalsozialismus muß dabei sehr ernst genommen werden. Es läßt sich heute schon beobachten, daß jugendliche Besucher von Gedenkstätten außer der Erwartung eines Gruselerlebnisses wenig Konkretes mit den Orten verbinden. Aus den aktuellen Lebensbezügen und Problemlagen heutiger Besucher, die sich im bayerischen Grenzland – aber nicht nur dort – in Form von Ängsten, Vorurteilen und Stereotypisierungen gegenüber den östlichen Nachbarn – womit auch die neuen Bundesländer gemeint sind – artikulieren, sind Lernangebote aus dem historischen Kontext zu entwickeln.

Neben der angedeuteten Europäisierung steckt aber auch das Worzelement der Regionalität im Neologismus Euregional. Mit diesem Oberbegriff soll eine Rückbindung an die augenblicklichen Lebenswelten der Besucher versucht werden. Es ist auch Aufgabe der Gedenkstätten, die Polylokalität des nationalsozialistischen Terrors anzudeuten. Dies könnte beispielsweise die hundertfachen Einzel- und Massengräber entlang der Todesmarschrouten, das erwähnte System der Außenlager, die Einzelschicksale von Häftlingen und die Biographien von Tätern umfassen.

Die Überlegungen zur Zukunft der Gedenkstätte Flossenbürg beginnen sich gerade erst zu entfalten. Das Symposium vom April war lediglich der Auftakt eines sich allmählich formierenden breiten Diskussionsprozesses. Im Herbst dieses Jahres soll den wenigen Überlebenden des Flossenbürger Lagererrors die Möglichkeit gegeben werden, ihre Vorstellungen und Wünsche zur weiteren Gestaltung darzulegen. Ihrem Votum wird bei allen weiteren Vorhaben besonderes Gewicht einzuräumen sein.

*Jörg Skriebeleit
ist Leiter des
Informationsbüros
der KZ-Gedenkstätte
Flossenbürg.*

KZ Gedenkstätte Flossenbürg

Retrospektiven und Ausblicke

von Jörg Skriebeleit

In unserer bundesrepublikanischen Erinnerungslandschaft an die Verbrechen des Nationalsozialismus nehmen die Stätten ehemaliger Konzentrationslager eine besondere Rolle ein. Sie markieren die Topographie des dort Geschehenen, versprühen die Aura eines authentischen Ortes und gelten als Synonym für tausendfachen Mord. Diese Plätze mit ihren baulichen Relikten stellen Denkmäler an sich dar – Denkmäler als *corpus delicti*, wie Volkhardt Knigge pointiert formulierte. Gedenkstätten als manifeste Gedächtnisorte sind in ihrem aktuellen baulichen wie konzeptionellen Erscheinungsbild vor allem aber auch Ausdruck des Umgangs mit der Geschichte des konkreten Ortes in den jeweiligen Gesellschaften und somit eingebettet in eine überörtliche Erinnerungskultur, die immer auch bestimmt ist von den jeweiligen politischen Verhältnissen.

Während die Namen einiger dieser Orte im historischen sowie gesellschaftlichen Diskurs über den Nationalsozialismus nahezu omnipräsent sind und allein die Nennung ihrer Namen unzählige Assoziationen weckt, bleiben die mentalen Bilder bei der Erwähnung eines Ortes wie Flossenbürg auffällig unscharf. Dieser Befund gilt nicht nur für die mediale und überregionale gesellschaftliche Öffentlichkeit, sondern ist leider auch für einschlägige Fachkreise festzustellen. Er betrifft das Wissen um die Geschichte des Konzentrationslagers ebenso wie den Bekanntheitsgrad der Gedenkstätte.

Was sind die Gründe für die relative Marginalität des KZ Flossenbürg im heutigen öffentlichen Bewußtsein? Eine Geschichte, die fast auf den Tag genau vor 60 Jahren ihren schrecklichen Anfang nahm. Der erste belegbare Transport von Häftlingen erreichte Flossenbürg im Mai 1938. Flossenbürg zählt somit zu einem Lager der zweiten Generation. Wirtschaftliche Überlegungen, hier die umfangreichen Granitvorkommen, waren ein entscheidendes Kriterium für die Standortwahl. Bis zu seiner Befreiung als eines der letzten Konzentrationslager am 23. April 1945 waren über 100000 Häftlinge im KZ Flossenbürg und seinem netzartig über ganz Nordbayern, Böhmen und Sachsen gezogenem System von annähernd 100 Außenlagern interniert. 30000, also fast ein Drittel, der Häftlinge überlebten die Lagerhaft und den Terror der letzten Tage auf den Todesmärschen nicht. Die quellenmäßig eindeutig belegte Sterblichkeitsrate des KZ Flossenbürg sucht im Gesamtsystem der Konzentrationslager ihresgleichen.

Was sind nun die Prägefaktoren, die bestimmte Geschehnisse und Orte in unserem Geschichtsbewußtsein verankern? Was sind die Ausschlußmechanismen? Warum fällt es beispielsweise sogar Dozenten nordbayerischer Universitäten schwer, das KZ Flossenbürg geographisch und historisch auch nur grob zu verorten?

Die Marginalisierung der Vergangenheit durch die Gedenkstätte

Für Flossenbürg scheint im Umkehrschluß zuzutreffen, was James E. Young in seiner neuesten Publikation in Bezug auf die Gedenkstätte Dachau formuliert: »Auf ironische Weise scheint die historische Bedeutung Dachaus proportional zu dessen Erfolg

als Gedenkstätte gewachsen zu sein.« und die von Flossenbürg gesunken, so möchte man ergänzen.

Anders ausgedrückt: Öffentliche Diskurse über ehemalige Konzentrationslager am jeweiligen Ort und vor allem über die dortigen Gedenkstätten prägen die Bilder vom dort Geschehenen, die nicht immer der Realgeschichte entsprechen müssen.

Das ehemalige KZ Flossenbürg, so ließe sich zugespitzt konstatieren, wurde bislang weniger nach seiner historischen Bedeutung bewertet, als vielmehr am Erscheinungsbild und der Thematisierung seiner Gedenkstätte und seiner Präsenz im medialen und wissenschaftlichen Diskurs über den Nationalsozialismus gemessen. Der parkähnliche Charakter der Anlage, die starke Dominanz des – von den damaligen Verantwortlichen so gewünschten – Raumeindrucks als eine Mischung aus Wald- und Soldatenfriedhof mit stilisierten Eisernen Kreuzen (!) auf den Gräberfeldern verwischte die noch vorhandenen Spuren des Konzentrationslagers spätestens seit Mitte der 50er Jahre massiv. Zuvor war das Gelände des ehemaligen KZ Flossenbürg nach der Befreiung zunächst als Internierungslager für SS-Gefangene, ab 1946 kurzfristig als UNRRA-Lager und ab 1947 fast komplett als Auffanglager für Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten genutzt worden. Bereits seit 1946 bestand in der Nähe des früheren Krematoriums, außerhalb des eigentlichen Häftlingsbereichs, eine erste Gedenkstätte. Diese wurde vor allem auf Betreiben der damals im UNRRA-Lager untergebrachten Überlebenden, hauptsächlich nicht-jüdische Polen und Ukrainer, errichtet. Dementsprechend hatte diese frühe Gedenkstätte einen stark christlichen und nationalen Charakter. Mitte der 50er Jahre wurden ein Großteil der ehemaligen Häftlingsbaracken abgebrochen, die Terrassen auf denen diese errichtet waren parzelliert und an die bislang in den umgebauten Baracken lebenden Flüchtlinge verkauft. Im Rahmen eines »Landkreissiedlungswerks« wurden nun auf einem Großteil des ehemaligen Schutzhaftlagers und des SS-Bereichs Einfamilienhäuser errichtet. Die von der SS geschaffene Infrastruktur, die 1938 für das peripher gelegene Flossenbürg einen gewaltigen Modernisierungsschub bedeutet hatte, wurde konsequent weiter genutzt. Der damals etwas abseits des KZ gelegene Ort Flossenbürg entwickelte sich buchstäblich in das Gelände des ehemaligen Lagers hinein. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden die ehemalige Lagerküche und -wäscherei sowie das dazwischen liegende Areal des Appellplatzes gewerblich genutzt und seitdem immer wieder durch Zubauten den Bedürfnissen des jeweiligen Besitzers angepasst. Das ehemalige SS-Casino, das nach 1945 als Kino fungiert hatte, wurde ab 1950 als Gaststätte betrieben, während das gesamte Steinbruchgelände mit Baracken und Betriebsgebäuden an den gewerkschaftseigenen Betrieb »Oberpfälzer Steinindustrie« (OSTI) verpachtet worden war.

Mit der Exhumierung der Opfer entlang der Todesmarschrouten in ganz Bayern und der Umbettung der sterblichen Überreste nach Flossenbürg erfuhr die Gedenkstätte mit der Anlage eines Ehrenfriedhofs ihre erste Erweiterung. Dies bedeutete jedoch eine weitere Vernichtung von historischer Bausubstanz – für die Anlage des Ehrenhains wurde das noch erhaltene Desinfektionsgebäude abgerissen – und eine weitere Verwischung der früheren Dimension des Konzentrationslagers. Die Gedenkstätte Flossenbürg wurde fortan als Grab- und Gedenkstätte definiert und gestalterisch wie verwaltungstechnisch als Friedhof behandelt. Die Umbettung der Todesmarschopfer aus den Einzelorten bewirkte eine Zentralisierung des Gedenkens in

Flossenbürg und eine auch optisch so angelegte Reduzierung des Gedenkens auf die rituellen Formen der Totenehrung.

Bemerkenswerterweise fand die Erweiterung und Umgestaltung der Gedenkstätte, »die Überformung des Denkmals aus der Zeit durch Denkmale an die Zeit« (Knigge) keinen nennenswerten Widerspruch, auch nicht von Überlebenden und ihren Verbänden. Aus mehreren Gründen hatte sich nie eine internationale Lagergemeinschaft für Flossenbürg gegründet. Die Zwangsgemeinschaft der Häftlinge des KZ Flossenbürg bestand zu weit über der Hälfte aus Osteuropäern, die nach der Etablierung der europäischen Nachkriegsordnung kaum Möglichkeiten hatten, noch in den Westen zu reisen bzw. sich in ihren Heimatländern aus politischen Gründen oftmals nicht als ehemalige KZ-Häftlinge organisieren konnten. Auch kennzeichnete das KZ Flossenbürg ein sehr starker Durchgangsscharakter, weshalb sich Überlebende oftmals in den Gemeinschaften ihrer vorhergehenden Stammlager zusammenschlossen. Es ist auch ein Signum zeit- und gruppenspezifischer Erinnerungskultur, das sowohl der französische als auch der belgische Überlebendenverband ihre alljährlichen Fahrten nach Flossenbürg als Wallfahrten (pèlerinages) deklarierten und sich in ihren symbolischen Praxen und ihrem damaligen Selbstverständnis selbst auf ein Opfergedenken beschränkten.

Eine Zäsur für die Gedenkstättenentwicklung aber auch für die Rollenidentität des französischen Überlebendenverbandes stellte der geplante Abbruch des noch erhaltenen Lagergefängnisses durch die Gemeinde Flossenbürg im Jahr 1964 dar. Erstmals erhob sich größerer Protest gegen die weitere Zerstörung historischer Bausubstanz, der vor allem von der französischen »Association« und der Evangelischen Kirche getragen wurde, die sich erstmalig auf breiterer Ebene engagierte, da mit dem Gefängnishof auch die Exekutionsstätte Dietrich Bonhoeffers vom Abriß bedroht war.

Nach heftigen Diskussionen wurde als eher unbefriedigender Kompromiß der Abriß von $\frac{3}{4}$ der Bausubstanz des Lagergefängnisses beschlossen. Der erhalten gebliebene Rest mit der Exekutionsstätte wurde restauriert und in den Räumen des »Restgefängnisses« eine 1985 letztmalig überarbeitete Dauerausstellung eingerichtet. Hierfür wurde das Territorium der Gedenkstätte nochmals erweitert womit etwa ein Drittel des ehemaligen Häftlingsbereichs in den von der bayerischen Schlösser und Seenverwaltung betreuten Gedenkbereich integriert war. Anders als bei der Erweiterung 1959 wurde auf eine neuerliche Gesamtplanung der Anlage verzichtet, weshalb der jüngere und die beiden älteren Teile der Gedenkstätte relativ unverbunden nebeneinander bestanden. Während der neuere Teil um das ehemalige Lagergefängnis immer mehr verwuchs und zuwucherte wurde der Grabbereich intensiv gärtnerisch gepflegt.

Die Beseitigung baulicher Originalsubstanz, die Verniedlichung des Ortes durch seinen parkähnlichen Charakter, der sich für uninformierte Besucher auch nicht sofort als Friedhof erschloß, ebenso wie die sich mit neueren Forschungen nicht mehr deckenden Opferzahlen auf den nationalen Gedenktafeln der ersten Gedenkstätte wirkten geschichtsrelativierenden Eindrücken von Besuchern zumindest entgegenkommend.

Bis auf kleinere Maßnahmen hatte sich das Erscheinungsbild der Gedenkstätte bis 1995 kaum wesentlich verändert. Außer den auf dem Gelände der Gedenkstätte befindlichen Originalgebäuden wie Krematorium, drei Wachtürmen, Resten des Lagergefängnisses sowie verschiedenen Bodendenkmälern, blieben außerhalb der Gedenkstätte bis heute wesentliche Funktionsbauten des ehemaligen Lagergefängnisses erhalten:

Deutsche Böden

BERLIN – WEIMAR

von Horst Hoheisel und Andreas Knitz

Nachdem Thomas Lutz uns gebeten hatte, in diesem GedenkstättenRundbrief unser Projekt in Weimar Zermahlene Geschichte vorzustellen, gingen wir während eines Berlinaufenthaltes zum Gelände Topographie des Terrors und sahen, wie sehr der Ort dem momentanen Zustand unseres Projektes in Weimar gleicht: Schutthaufen, Baustelle und Fundamentreste ehemaliger Gestapo-Gebäude. Als wir weiter gingen zum vorgesehenen Gelände des zentralen Denkmals für die ermordeten Juden Europas, fanden wir wieder Schutthaufen neben Fundament- und Bunkerresten aus der Nazi-Zeit. Entlang des hermetisch um das Gelände geschlossenen Bauzaunes ging, wie zu Zeiten der Berliner Mauer, ein Wachmann mit deutschem Schäferhund Streife. An zwei Stellen waren ebenfalls wie zur Zeit der Mauer Besucherplattformen errichtet. Von dort sahen wir über dieses brachliegende Stück deutschen Bodens. Nach Norden schloß die neue Glaskuppel des Reichstages das Blickfeld, im Süden fraß sich das neue Hochhaus- und Büro – Zentrum von Sony und Daimler in den Himmel.

Wir redeten über den Stillstand in der Mahnmal-Diskussion und über die Schwierigkeit in diesem Boden in Berlin-Mitte ein monumentales Holocaust-Denkmal zu verankern. Wäre der Boden nicht tragfähiger für Immobilien wie Sony und Daimler? Das Geld aus dem Verkauf des Grundstückes könnte man z. B. für den Erhalt der Gedenkstätten und ihrer aktiven Erinnerungsarbeit verwenden. So kamen wir aus der Diskussion über dieses Stück Deutschen Bodens zu folgender Idee: Wir plazierten am 8. Mai 1998 eine Anzeige in dem Immobilienmarkt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ).



Deutsche Boden

für die Bundesrepublik Deutschland

– Amt für Bundesvermögensverwaltung –



Das Amt für Bundesvermögensverwaltung
veräußert gegen Gebot ein Grundstück in

Berlin-Mitte

Das Grundstück ist 20 000 m² groß und stand bis vor kurzem
einer Denkmalsnutzung zur Verfügung. Erstklassige Lage zwischen
Potsdamer Platz und dem Brandenburger Tor.

Schriftliche Kaufpreisangebote sind bis zum 17. Juni 1998 in einem
verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift »Kaufpreisangebot
Berlin-Mitte« zu richten an:

DEUTSCHE BODEN

Martin-Luther-Straße 127, 10825 Berlin

Ein Exposé kann unter Beifügung eines mit 3,- DM frankierten
Rückumschlags (DIN A4) abgefordert werden. Die Liegenschaft
kann jederzeit besichtigt werden. Für Inhalt und Richtigkeit der
Verkaufsunterlagen und der obigen Angaben wird jegliche Haftung
ausgeschlossen.

Über zwanzig Immobilienfirmen aus Berlin und der Bundesrepublik forderten das Exposé an. Es zeigte die auf der Titelseite dieses GedenkstättenRundbriefes abgebildeten »Deutschen Böden« mit einer Beschreibung der Orte. Die »Erklärung Deutsche Böden« fügten wir hinzu.

Wir haben von den Immobiliengesellschaften die Erlaubnis erbeten, ihre Zuschriften in einer künstlerischen Arbeit zu Deutsche Böden zu verwenden. Bisher haben wir nur zwei anonyme Rücksendungen unserer frankierten Rückumschläge bekommen. Von der FAZ wurde Strafanzeige gegen die Deutsche Boden erstattet.

Die Schwierigkeit im Umgang mit den Altlasten Deutscher Böden wird im Erscheinungsbild der drei Grundstücke (Bauplatz Holocaust-Mahnmal, Topographie des Terrors, Zermahlene Geschichte in Weimar) sichtbar.

Der Marstall liegt mitten in Weimar, dem Stadtschloß gegenüber und war bis vor kurzem die am besten erhaltene ehemalige Gestapo-Zentrale in der Bundesrepublik. Die Gefängniszellen im Keller reichten der Gestapo kurz nach ihrem Einzug in das Marstallgebäude 1936 nicht mehr aus. Die Remise im Marstall-Innenhof wurde als provisorisches Gefängnis ausgebaut. Eine große Verwaltungsbaracke mit einem speziell schalldicht gebauten Verhörzimmer wurde zusätzlich im Hof errichtet. Die Reithalle des Marstalls diente als Deportationssammelstelle für die Juden aus Thüringen. Die provisorischen Gebäude sollten nur bis zum Umzug in das fast fertiggebaute Gauforum genutzt werden. Der Kriegsverlauf verhinderte den Umzug. Von 1945 bis 1950 wurden die Gebäude vom sowjetischen NKWD als Gefängnis weitergenutzt. Später zog das Landesarchiv, heute Thüringisches Hauptstaatsarchiv in den Marstall.

In der Verwaltungsbaracke und den Gefängniszellen der Remise lagerten Akten aus der NS-Zeit. Die Eingangstür zur Baracke hatte einen Bauhaus-Türgriff. Im Zuge einer notwendigen Modernisierung und Erweiterung des Archivs wurde ein Magazinuntergeschoß unter dem Marstall-Innenhof geplant. Hierzu mußten die unter Denkmalschutz stehende Remise mit dem ehemaligen Gestapo-Gefängnis und die Verwaltungsbaracke abgerissen werden. Die Genehmigung hierzu wurde erst nach längerem Streit zwischen den Denkmalschutzbehörden, dem Staatsbauamt, und dem Wissenschaftsministerium erteilt. Schließlich gab man der aktiven Auseinanderset-

*Ehemalige Gestapo-
Verwaltungsbaracke
im Innenhof des
Marstalls in Weimar
vor dem Schreddern.
Foto: Thomas Bachler*



DEUTSCHE BODEN ERKLÄRUNG

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an dem von Deutsche Boden angebotenen Grundstück in Berlin Mitte. Damit sind Sie Teil eines Kunstwerkes geworden.

Zum Erscheinen der Anzeige in der überregionalen Immobilienmarkt-Beilage der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 8. Mai 1998 folgende Anmerkungen:

- der 8. Mai 1945 ist das Datum der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands.
- der 17. Juni ist der ehemalige Tag der deutschen Einheit.
- der Adler in der Anzeige ist nicht der Bundesadler.
- das Amt für Bundesvermögensverwaltung d.h. ein Amt für Verwaltung gibt es nicht, sondern entweder das Bundesvermögensamt oder die Bundesvermögensverwaltung.

Die fiktive Gesellschaft heißt **Deutsche Böden**, da es sich, wie Sie dem Exposé entnehmen können, um besondere **deutsche Böden** handelt. Die im Exposé gezeigten Grundstücke haben unabhängig voneinander die Gestalt von Baustellen im Stillstand angenommen. Zufall? Wir meinen, diese erstarrten Bodenformen demonstrieren die Schwierigkeit im Umgang mit **deutschen Böden** und deren Altlasten aus der Nazizeit. Sie sind schon Denkmal. Alle drei Orte zeigen die Hilflosigkeit im Umgang mit der Geschichte und den Orten der Nazitäter.

Im Fall des Grundstücks in Berlin Mitte handelt es sich um die von der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellte **20 000 Quadratmeter** große Fläche für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Nach jahrelangem Diskussionsprozess, scheint sich, wie Sie der Tagespresse entnehmen können, eine Entscheidung abzuzeichnen, die aber immer wieder verschoben wird. Es soll die Wahl auf einen der vier noch im Verfahren gebliebenen Künstlerentwürfe für dieses Gelände fallen. In zahlreichen Kolloquien und öffentlichen Stellungnahmen von Experten, wurde der Standort immer wieder wegen seiner Größe und Lage als falscher Standort für dieses Denkmal kritisiert. Alle Argumente blieben jedoch von den Auslobern des Denkmals unberücksichtigt. Auch wir halten den Ort für das Denkmal denkbar ungeeignet. Vielleicht sollte das Grundstück tatsächlich verkauft werden und der Erlös dem Erhalt der Gedenkstätten und der Gedenkstättenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Wir haben den ungewöhnlichen Weg einer fingierten Anzeige in künstlerischer Form gewählt, um nach all den Diskussionen und verbalen Kämpfen um das Denkmal einen anderen Blickwinkel auf das Gelände und die Entscheidung zu werfen.

Wir stellen die Frage: Was passiert, wenn man das Grundstück verkauft? gibt es kein Denkmal? gibt es ein Denkmal in anderer Form, nicht monumental, aber an einem viel wirkungsvolleren Ort?, oder ist die ständige Diskussion um das Denkmal, das eigentliche Denkmal?

Das Interesse von Immobiliengesellschaften an dem Grundstück ist, wie die Anzeige bewiesen hat, verständlicherweise sehr groß. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse. Es ist ein sehr reales Argument in der Diskussion um den Standort und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Zuschrift vertraulich.



Horst Hoheisel
Bodelschwingh-
straße 15
D-34119 Kassel
Tel/Fax:
+49-561-158 27

*Blick aus einem Fenster
der Gestapobaracke
unmittelbar vor dem
Abbruch.
Foto: Hoheisel-Knitz*



*Vor dem Abbruch
gesicherte Asservate
aus den Gestapo-
gebäuden im Marstall,
Weimar.
Foto: Hoheisel-Knitz*



*Das ehemalige
Gestapogefängnis
im Brechwerk.
Foto: Hoheisel-Knitz*



zung mit den historischen Dokumenten in einem modern ausgestatteten Archiv den Vorrang vor dem Erhalt der ehemaligen Gestapo-Gebäude. Mitten in Weimar bezeugten diese, daß die Grausamkeiten der Nationalsozialisten nicht 15 Kilometer vor Weimar auf dem Ettersberg halt gemacht hatten. Die ehemaligen Kellerzellen des »Hausgefängnisses« im Marstall wollte das Staatsarchiv als Gedenkort erhalten und einrichten. Im Innenhof sollte ein Kunstwerk an die beseitigten Gebäude und ihre Geschichte erinnern.

Wir gewannen den beschränkten Wettbewerb mit folgendem Entwurf: Der Abbruch der Gestapobaracke und des Gefängnisbaus werden öffentlich gemacht. Zuvor werden aus den Gebäuden Sachbeweise gesichert. Es entsteht eine Asservatenkammer im Thüringischen Hauptstaatsarchiv. Türen, Zellengitter, Strohsäcke, Fenster usw. werden zum Teil als Ganzes gesichert. Andere Dinge, wie Türgriffe, Türnummern, Lichtschalter, Dachpappe, Ziegel, Blechgefäße, Alarmklingel, Tapetenstücke, usw., beide Gebäude also werden als ausgeschnittene Asservate in den zur Aktenaufbewahrung üblichen Archivkartons gelagert und im Archivgebäude aufbewahrt.

Danach werden die Gebäude in einem Brechwerk zu Holzschnitzeln und Mauerwerkgranulat zermahlen. In zwei Containern wird während der gesamten Bauzeit das Material vor dem Marstallgebäude zwischengelagert. Die Container tragen Fotos der Baracke bzw. des Gefängnisses und eine von den Archivdirektoren beschriftete Inhaltsangabe: Zermahlene Geschichte 1936-1997 (Baracke), bzw. 1875-1997 (Remise/Gefängnis).

Nach Abschluß der Bauarbeiten werden das zermahlene Gefängnis und die Holzschnitzel der Gestapobaracke gemeinsam mit Feinkies auf der Hoffläche (als oberste Schicht) aufgebracht. So bleiben die Gebäude als begehbare Erinnerungsskulptur dem Ort erhalten. Die Grundrisse der beiden Gebäude werden als eine unterbrochene Kontur im Hof sichtbar gemacht. Durch Sicherheits-Glasschlitze kann man in das Magazin des Hauptstaatsarchivs hineinsehen. Dort lagern Bauhaus-Akten und Goethes amtliche Korrespondenz neben der Buchenwaldkartei.

Im Text der Auslobung heißt es: »Die gesamte Baugeschichte Weimars ist in der Architektur des Marstalls in komprimierter Form vorhanden«. Es folgt die Aufzählung historischer Daten. Diese komprimierte Geschichte unterstreicht dieser Entwurf, indem er die Jahreszahlen sichtbar auf die dem Hof zugewandten Gebäudeteile und die mittelalterliche Kalksteinmauer, »denkmalswürdige« Rückwand des Gestapo-gefängnisses schreibt. Die Jahreszahlen 1936 bis 1952 erscheinen auf keiner Wand. Sie sind auf dem nachgezeichneten Grundriß der verschwundenen Gebäude zu lesen.

»Vergangenheit hat Zukunft« heißt der Slogan auf Plakaten, mit denen das Thüringische Hauptstaatsarchiv die Restaurierung des Marstallgebäudes vorstellt. Alle Bauabschnitte des historischen Gebäudekomplexes sind dort mit Jahreszahlen dargestellt. In der fotorealistischen Simulation ist die Zeit von 1936 bis 1989 gelöscht. Die Gestapogebäude im Innenhof sind dort verschwunden, eine figürliche Skulptur ist als künstlerischer Ersatz vor der mittelalterlichen Mauer postiert.

Wir haben zur Darstellung unseres Entwurfs dieses Plakat genommen und unter dem Slogan »Vergangenheit hat Zukunft« die Frage gestellt: »Welche Vergangenheit?« Wir haben die Jahreszahlen und Bilder des Ortes zwischen 1936 und 1989 wieder eingefügt. Zusätzlich haben wir zwei Archivkartons eingereicht. Der eine

Horst Hoheisel vor dem
zermahlenen Gestapo-
gefängnis.
Im Hintergrund die
mittelalterliche Mauer,
Rückwand des
Gestapogefängnisses.
Sie wird als Denkmal
restauriert.
Foto: Norma Drimmer



»Zermahlene
Geschichte«, geschred-
dete Gestapo-Verwal-
tungsbaracke.
Foto: Hoheisel-Knitz



war mit zermahlenem Mauerwerk gefüllt, der andere mit Holzschnitzeln. Sie trugen den offiziellen Registrier-Stempel des Archivs: Thüringisches Hauptstaatsarchiv: Bestand: Zermahlene Geschichte 1936–1997, bzw. für die Remise 1838–1997.

Inzwischen sind die Gebäude, aus denen wir zuvor möglichst viele Asservate in Archivschachteln gesichert hatten, in einer öffentlichen Aktion zermahlen worden. Ein Teil des Materials lagert in zwei großen, grauen Containern, die wie riesige Archivschachteln portallöwengleich das Haupttor zum Staatsarchiv rahmen. Der Rest lagert außerhalb von Weimar vor einem atom sicheren Bunker der ehemaligen Volkspolizei. In diesem Bunker sind die Akten, die zuvor in den jetzt geschredderten Gebäuden lagerten, aufbewahrt.

Bis hierher lief das Projekt, das auch Beitrag zum europäischen Kulturstadtjahr 1999 ist, planmäßig. Der Aushub für das Magazinuntergeschoß im Marstall sollte beginnen. Doch dafür hatte das Finanzministerium plötzlich kein Geld mehr. Die Mittel zur Sanierung des Marstallkomplexes wurden gestreckt. Frühestens im Jahre 2000 wird mit dem Magazinbau begonnen.



»Zermahlene
Geschichte«
Das zermahlene
Gestapogefängnis im
Archivcontainer vor
dem Haupteingang
des Thüringischen
Hauptstaatsarchivs in
Weimar.
Foto: Norma Drimmer

Wir haben als Reaktion darauf das Schreddergut auf dem Innenhof des Marstalls wieder als Schuttkegel aufgeschüttet und das noch verbliebene Fundament des Gefängnisses gedampfstrahlt und mit einem Bauzaun gesichert. Wir werden unser künstlerisches Urheberrecht an dem geschredderten Material geltend machen. Nichts darf ohne unsere Einwilligung beseitigt oder bewegt werden. Der Versuch, die verbliebenen Reste der Gebäude erneut unter Denkmalschutz zu stellen, scheiterte. Der Peinlichkeit, zuerst den Denkmalschutz intakter Gebäude aufzuheben, um dann die geschredderten Reste erneut unter Denkmalschutz zu stellen, wollte die Behörde sich nicht aussetzen. Der Referent bei der oberen Denkmalbehörde stellte treffend bei einer Ortsbesichtigung fest. »Da stehen wir auf dem Fundament der weggerissenen Geschichte des Gestapogefängnisses und beten die zum Vorschein gekommene mittelalterliche Mauer an.« Er fühlte das Absurde der Situation.

1999 wird es im Marstall eine Ausstellung: Goethe als Beamter geben. Im gleichen Raum auf einer anderen Ebene werden wir das Projekt Zermahlene Geschichte zeigen. Außerdem sind wir Besitzer zweier großer Container mit Zermahlener Geschichte. Die lassen sich bewegen. Über Weimar hat die Landesregierung im Kulturstadtjahr einen Baustop verhängt. Keine Baukräne und Container dürfen im Stadtbild erscheinen. Aber unsere Container mit der Zermahlene Geschichte sind Kunstwerke. Mit ihnen werden wir die Schwierigkeit, sich zu erinnern, noch schwieriger machen. So lautet der Titel der Themengruppe im Programm der Kulturhauptstadt Weimar 1999, zu der auch das Projekt Zermahlene Geschichte zählt.

Dr. Horst Hoheisel, Künstler aus Kassel, setzt sich seit über 10 Jahren mit neuen Formen des Gedenkens auseinander. Neben anderen Mahmalen und Projekten ist des Denkmal des Aschrottbrunnens in Kassel und die Lichtinstallation der Inschrift des Tores zum KZ Auschwitz auf das Brandenburger Tor am 27. Januar 1997 zu nennen.

Andreas Knitz, arbeitet als Architekt in Kassel. Gemeinsam mit Horst Hoheisel hat er das Denkmal auf dem Appellplatz in der Gedenkstätte Buchenwald und das Projekt Zermahlene Geschichte in Weimar verwirklicht.

Video und Projektbeschreibung via Internet:
<http://www.weimar1999.de/marstall-projekt>

15 Jahre Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

von Georg Armbrüster

In einem an zeitlichen Freiräumen raren Tätigkeitskontext trägt nicht selten ein Anstoß von außen dazu bei, eine – wenngleich lange Zeit gehegte, wegen (vermeintlich) vorrangiger Aufgaben jedoch stets vernachlässigte – Absicht ganz plötzlich auf den ersten Platz der Prioritätenliste »zu hieven«: In dem vorliegenden Fall bedeutet dies, über den eigenen unmittelbaren Tätigkeitszeitraum hinaus, einen Blick zurückzuwerfen in die Anfangsjahre des vor nunmehr 15 Jahren (!) in erster Linie als Lobby-Verein für das »Prinz-Albrecht-Gelände« gegründeten Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin, endlich einmal wohlbegründet jene spärlichen Zeugnisse in die Hand zu nehmen, die bruchstückhaft Auskunft über die Anfänge einer Entwicklung geben können, die inzwischen selbst zum Gegenstand wissenschaftlich-forschender Betrachtung geworden ist. Dabei erfolgt der Zugriff auf die Akten in der Geschäftsstelle – wie könnte es anders sein – natürlich just in dem Moment, in dem sie als Depositum in den Bestand des Berliner Landesarchivs übergehen sollen. Gerade noch rechtzeitig also.

Beim Studium der hausinternen Quellen ist für den »nachgerückten Nachgeborenen« zunächst überraschend, mit wie vielen, aus anderen Arbeitszusammenhängen und Einzelprojekten im Lauf der Jahre vertrauten Namen sich die Bürgerinitiative für ein »aktives Museum« mittlerweile verknüpft. Fast möchte man ein Lied auf die vielen unbesungenen Heldinnen und Helden anstimmen, die mit außergewöhnlichem Engagement und sehr viel Phantasie für einen angemessenen Umgang mit einem Erbe geworben und gestritten, sich an unterschiedlichsten Aktionsformen beteiligt haben und denen es dank ihrer Beharrlichkeit gelungen ist, die Öffentlichkeit für einen in seiner Bedeutung einzigartigen Ort zu sensibilisieren und die politischen Entscheidungsträger in die Verantwortung zu nehmen. Seinen faktischen Ausdruck hat diese Überzeugungsleistung in der vom Land Berlin und dem Bund konstituierten Stiftung »Topographie des Terrors« gefunden, optisch wird sie in den sukzessive voranschreitenden Baumaßnahmen über den Kellerresten sichtbar.

Bis zu diesem Durchbruch galt es allerdings so manche Hürde zu meistern. Eine schöne und – angesichts dieser diversen Rückschläge und Krisen – nicht unberechtigte Tradition des Aktiven Museums besteht vor diesem Hintergrund bis heute darin, die inhaltliche Tagesordnung der Vorstandssitzungen jeweils mit dem Punkt »Gestapo-Gelände« beginnen zu lassen.

Ermöglicht wurde die Gründung des Vereins durch ein ungewöhnlich breites Bündnis verschiedener Gruppen und Organisationen, das sich anlässlich des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung in Berlin zusammengefunden hatte, um im Rahmen bezirklicher Veranstaltungen und Ausstellungsprojekte NS-Geschichte »von unten« zu erforschen und zu dokumentieren. Bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Aktivitäten gewann ein eklatanter Mangel augenfällig an Kontur: Berlin fehlte eine Institution mit einem geeigneten personellen, pädagogischen und räumlichen Konzept für eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der (und somit Aufklärung über die) Zeit des Nationalsozialismus. Da fügte es sich im Grunde genom-

men mehr als günstig, daß beinahe parallel zu diesem Erkenntnisprozeß ein bis dato als Autodrom genutztes, noch kurz zuvor eher unscheinbares, brachliegendes Trümmergelände in der südlichen Friedrichstadt Berlins »wiederentdeckt« worden war – das »Prinz-Albrecht-Gelände«.

Jahrzehntelanger Verdrängung und Vergessenheit entrissen, schien dieser authentische Ort als Standort für ein »aktives Museum« geradezu prädestiniert. Nicht nur, daß sich hier das organisatorische Zentrum des NS-Unterdrückungs- und Vernichtungsapparates befunden hatte, daß die Täter in ihren hiesigen Bürostuben die Ermordung von Millionen rassistisch und politisch Verfolgter »verwaltet« hatten und dem Gelände damit ein besonderer Stellenwert in der NS-Topographie zukommt. Darüber hinaus stand und steht es sozusagen als großflächige Chiffre dafür, wie die deutsche Kriegs- und Nachkriegsgeneration in der zurückliegenden Periode versucht hat, Schuld und NS-Verbrechen zu bewältigen. Doch nicht nur den Verdrängungsprotagonisten war daran gelegen, den historisch brisanten Ort möglichst dauerhaft aus dem Stadtbild zu tilgen. Nach der Vereinigung Deutschlands galt es, sich, angesichts des gewachsenen Verkehrswerts des in der Mitte Berlins gelegenen Grundstücks, gegen allerlei spekulative Begehrlichkeiten zu erwehren. Gleichermaßen verhindert werden konnte der verschiedentlich geäußerte Vorschlag, diese offene Stelle der historisch-topographischen Stadtlandschaft symbolträchtig durch das geplante Holocaust-Mahnmal zu besetzen.

*Aktion »Nachgraben«
am 5. 5. 1985
auf dem ehemaligen
Gestapo-Gelände
Foto: Jürgen Henschel,
Aktives Museum e.V.*



*Wilhelm-/Kochstraße
an der Baustelle
»Wohnhof am Park«,
19. 10. 1989
Foto: Jürgen Henschel,
Aktives Museum e.V.*



Das eigentlich auslösende Moment für die Vereinsgründung im Juni 1983 war die Auslobung eines öffentlichen Wettbewerbs zur Neugestaltung des Areals »Prinz-Albrecht-Palais«. Gewissermaßen als Replik auf das von dem Berliner Schriftsteller Heinz Knobloch geprägte Bonmot »Mißtraut den Grünflächen!« sollte eine, den Ort ignorierende und seine Geschichte entsorgende Überformung zu einer parkähnlichen Grünanlage mit künstlerischem Element (als Mahnmal für die NS-Opfer) mit Vehemenz verhindert werden. Fortan brachte der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin deshalb die sich in dem damaligen Zustand des Geländes manifestierende, Jahrzehnte währende Mißachtung immer wieder zur Sprache und setzte sich gemeinsam mit anderen in Demonstrationen, Denkschriften, Ausstellungen und Hearings für einen »Denkort Gestapo-Gelände« ein, bot Führungen an, organisierte Anwohnerbegehungen, befragte Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und führte symbolische Ausgrabungen durch. Dabei nimmt es nicht wunder, daß im Zuge des langwierigen Austarierens und Festschreibens eines tragfähigen Nutzungskonzepts – wozu sich die Diskussion um das verschüttete Erbe nach anfänglichen Erfolgen unversehens entwickelt hatte – ursprüngliche Ziele aufgegeben werden mußten, es inhaltliche Verschiebungen gab, Kompromisse zu schließen waren und sich die spezifische Rolle des Vereins Aktives Museum gewandelt hat.

Vielleicht müßte ja eigentlich umgekehrt erstaunen, daß viele der originären Ideen bis heute aktuell geblieben sind. In einer der ersten Vereinsveröffentlichungen erklärte der langjährige Vorstandsvorsitzende Gerhard Schoenberger hinsichtlich des vom Aktiven Museum propagierten Informations- und Begegnungszentrums Anfang 1984: »Eine solche Einrichtung wird (...) in Berlin benötigt. Wir nennen sie Aktives Museum, weil sie mehr sein soll als ein Pavillon mit einigen historischen Fotos und Dokumenten. Es sollte ein Zentrum der Information, ein Platz politischer Bildungsarbeit, eine Geschichtswerkstatt und Begegnungsstätte in einem sein.«¹ Idealerweise sollte das Museum über ein Archiv, eine Mediothek, Ausstellungsräume, Werkstätten und ein Kommunikationszentrum verfügen. Viele dieser visionären Vorstellungen der Initiatorinnen und Initiatoren des Aktiven Museums fanden sich dann Ende 1990 im Schlußbericht der vom Senat eingesetzten »Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des »Prinz-Albrecht-Geländes« in Berlin-Kreuzberg« wieder.

Die Absicht, im Archiv vor allem jene Materialien, die im Kontext der Stadtteil-Ausstellungen während der Berliner Projekte zum 50. Jahrestag des 30. Januar zusammengetragen wurden, zu sammeln, fand schließlich (wegen der für die NS-Zeit insgesamt herausragenden, überregionalen Funktion der auf dem Gelände konzentrierten Behörden) keinen Zuspruch und geriet leider irgendwann vollständig aus dem Blick, wiewohl die Grundidee – dies sei nicht zuletzt aufgrund persönlicher Erfahrungen bei der Mitarbeit an Ausstellungsprojekten des Aktiven Museums hervorgehoben – heute aktueller denn je erscheint. Denn die seit Anfang der 80er Jahre durch Berliner Geschichtsinitiativen, Geschichtswerkstätten, Heimatmuseen und anderen gewonnenen neuen (Er-)Kenntnisse über die NS-Zeit sind enorm, und durch das Zusammenführen dieser Forschungsergebnisse könnte manche, nicht nur berlin-spezifische Fragestellung sehr viel rascher und gründlicher erschlossen werden. In der pädagogischen Arbeit der Stiftung »Topographie des Terrors – Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin« könnte sich eine derartige regionalgeschichtliche Basis als durchaus hilfreicher Zugang erweisen. Doch dies nur am Rande.

¹ Gerhard Schoenberger, Zur Sache, in: Aktives Museum e.V. (Hrsg.): Beiträge zur Konzeption, Berlin 1984, S. 10

Das Credo der Mütter und Väter des Vereins Aktives Museum – nämlich an der Geschichte für die Gegenwart zu lernen, diese permanent zu aktualisieren und sich selbstständig anzueignen – zieht sich wie ein roter Faden bis in die Gegenwart. Hierzu zählt(e) die aktive Spurensuche, die etwa zu den bereits erwähnten Grabungsaktionen auf dem »Gestapo-Gelände« führten und ganz maßgeblich dazu beitrugen, diesen Teil der Geschichte in das Gedächtnis der Stadt zurückzurufen, ebenso, wie der gezielte Protest gegen die die jüngste Vergangenheit »neutralisierenden Bilderstürmereien« der Nachwendezeit. Geradezu als Prototyp dieser vielschichtigen, nicht selten konfliktreichen Aktivitäten entstand 1991 das Ausstellungsprojekt »Mit der Geschichte leben – ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert« – im Grunde genommen die Ausstellung der Ausstellung. Das im Zusammenhang mit der Einweihung des Thälmann-Denkmal im Thälmann-Park eröffnete Traditionskabinett hatte das Ende der DDR überdauert und war nun von einer Arbeitsgruppe aus Ost und West durch das Hinzufügen von Fragen, Anmerkungen, Ergänzungen und Hinweisen seinem geschichtsklitternden Impetus gleichsam entrissen worden. Statt Demontage also Deutung und Erklärung.

Getreu diesem Grundsatz brachten Mitglieder des Aktiven Museums im Verlauf der in Berlin mit großer Leidenschaft geführten Straßenumbenennungsdiskussionen wiederholt provisorische Ergänzungstafeln an den Straßenschildern »unbequemer« bzw. »diskreditierter« Namenspatroninnen und Namenspatronen an. Wie sich Markierungen im öffentlichen Raum gänzlich zu einem charakteristischen Aktionsfeld entwickelten und den Vereinsaktivistinnen und -aktivisten in der Berliner Tagespresse den (nicht unverdienten, vielleicht ein wenig martialischen) Titel »Gedenktafel-Guerilla« bescherte. Dank der sensibilisierten Wahrnehmung war nämlich schon bald evident geworden, daß in Berlin zahlreiche Gebäude und Plätze, an denen Erinnerungszeichen wichtig wären, unberücksichtigt geblieben waren. Diese – wie sie Martin Schönfeld, der Autor der beiden vom Aktiven Museum herausgegebenen Gedenktafel-Bücher bezeichnet – Fußnoten der lokalen Geschichte können als dezentrale, über die Stadtlandschaft verteilte Anmerkungen dazu beitragen, am Wohnort bzw. in der unmittelbaren Nachbarschaft die historischen und politischen Brüche seit 1933 erfahrbar zu machen, »sie lassen uns etwas errahnen von dem oft nicht mehr vorhandenen Lebens-

Symbolische Grundsteinlegung für ein Aktives Museum am 1. 9. 1989 auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände. Im Vordergrund Michael Pagels, Vorsitzender des DGB Landesbezirkes Berlin und Leonie Baumann, Vorsitzende des Aktiven Museum e.V. Foto: Jürgen Henschel, Aktives Museum e.V.



² Christine Fischer-Defoy, Wir brauchen viele Denkmale und keine Gedenkzentrale, in: Martin Schönfeld: Gedenktafeln in West-Berlin, Schriftenreihe des Vereins Aktives Museum, Bd. 6, Berlin 1993, S. 7

umfeld Einzelner und den Bezugspunkten ihres Alltags.«² So forderte das Aktive Museum gegebenenfalls die zuständigen Bezirksbehörden zur Anbringung entsprechender Ortsmarkierungen auf oder brachte da, wo keine Fortschritte erzielt werden konnten, provisorische Gedenktafeln an, um dem Anliegen öffentlichen Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig bemühten sich die Mitglieder darum, die seit der Wende im Ostteil Berlins verschiedentlich entfernten Tafeln zu erneuern. Solchen eher behutsamen Markierungen im öffentlichen Raum stand und steht die politisch herbeigeführte Umgestaltung der Neuen Wache zur »Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland« diametral entgegen. Die massiven Proteste des Aktiven Museums im November 1993 wider diesen kollektiven Gedächtnisverlust konnten die obskure Umwidmung leider nicht verhindern.

Bei dieser Demonstration und der überwiegenden Mehrzahl anderer durch das Aktive Museum realisierter Projekte mag allerdings trotzallem selbstbeweihräucherndes »Schulterklopfen« erlaubt sein: Bei der retrospektiven Durchsicht der jährlichen Tätigkeitsberichte verwundert angesichts der bescheidenen Infrastruktur nicht nur die Fülle an Veranstaltungen und Ausstellungen, sondern in ebensolcher Weise



*Dritte Gedenktafel-Erneuerung am Bahnhof Friedrichstraße am 8. 5. 1991. (Christine Fischer-Defoy und Eberhard Elfert)
Foto: Jürgen Henschel, Aktives Museum e.V.*



*Berlin-Mitte: Anbringung eines »Ergänzungsschildes« durch Aktives Museum e.V. (Christine Fischer-Defoy)
Foto: Jürgen Henschel, Aktives Museum e.V.*

die inhaltliche Qualität der Arbeit. Als Beleg für diesen Eindruck sei beispielhaft eine Veranstaltungsreihe erwähnt, die sich seit einigen Jahren thematisch mit Aspekten der (R)Emigration von Verfolgten des NS-Regimes beschäftigt. 1995 ging die auf dem Gelände des früheren Anhalter Bahnhofs gezeigte »Open-air«-Ausstellung »1945: Jetzt wohin? – Exil und Rückkehr ... nach Berlin?« erstmals auf breiter Basis der in der Geschichtsforschung lange Zeit vernachlässigten Frage nach, welche Gründe bzw. Überlegungen für die NS-Flüchtlinge ausschlaggebend gewesen waren, am Ende des Krieges in ihre Heimat zurückzukehren oder – wie dies mehrheitlich geschah – sich dauerhaft außerhalb Deutschlands niederzulassen sowie darüber hinaus, welche politischen oder institutionellen Bemühungen unternommen worden waren, um die Emigrantinnen und Emigranten zu einer Rückkehr zu bewegen.

Die in der Vorbereitung dieser Ausstellung angestellten Recherchen führten u.a. auch auf die Spur eines in der deutschen Nachkriegsgeschichte offensichtlich einmalig gebliebenen Ereignisses: die gemeinsame Rückkehr von 295 Shanghai-Flüchtlingen nach Berlin am 21. August 1947. An diese, in ihrer Größenordnung und Art völlig ungewöhnliche und trotz des, für damalige Verhältnisse, großen Medienechos in Ver-



*»Open-air«-Ausstellung
»1945: Jetzt wohin? –
Exil und Rückkehr ...
nach Berlin?«
am Anhalter Bahnhof
Foto: Jürgen Henschel,
Aktives Museum e.V.*



*Seminar:
»Das Ende des Exils in
Shanghai« vom 20.–22.
8. 1997 in der Gedenk-
stätte Haus der
Wannsee-Konferenz
Foto: Peter Krebs,
Aktives Museum e.V.*

gessenheit geratene Rückführaktion wurde anlässlich des 50. Jahrestages durch die Ausstellung »Leben im Wartesaal – Exil in Shanghai 1938 bis 1947« sowie das Symposium »Das Ende des Exils in Shanghai« erinnert. Binnen weniger Wochen haben sich dabei die seit 1995 bestehenden weltweiten Kontakte des »rührigen« – so das Attribut der *Süddeutschen Zeitung* in ihrer Berichterstattung zu den Veranstaltungen – Vereins zu ehemaligen Berlinerinnen und Berlinern vervielfacht. Der Austausch mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bereicherte die Arbeit stets außerordentlich und trug ganz wesentlich zu dem erreichten Kenntnisstand bei. Im kommenden Jahr wird die Reihe der Exil-Projekte mit einer Ausstellung über das Leben und Wirken deutscher Emigrantinnen und Emigranten in der Türkei fortgesetzt werden. Damit rückt wiederum ein Thema in den Mittelpunkt der Tätigkeit, das im öffentlichen Bewußtsein bislang eine weitgehend untergeordnete Rolle gespielt hat und doch gerade in der Gegenwart so viele aktuelle Anknüpfungspunkte bietet. Man darf gespannt sein.

Die Bereitschaft zu zeitaufwendigen Studien der Vereinsgeschichte und »quälender« Schreiarbeit ist übrigens längst nicht so uneigennützig, wie dies scheinen könnte. Die in Aussicht gestellte Veröffentlichung des Artikels bot nämlich den Anreiz, über ein ausgezeichnetes Forum viele potentielle Nutzerinnen und Nutzer für die Dokumentationsstelle in der Geschäftsstelle des Aktiven Museums zu interessieren. Denn in der deutschen Hauptstadt (und vermutlich sogar bundesweit) einmalig sein dürfte die umfangreiche Zeitungsausschnittsammlung, deren quantitativer und qualitativer Schwerpunkt der Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland und hier vor allem in Berlin bildet, mit Rubriken z.B. zu NS-Prozessen, Enthüllungen und Kontinuitäten von Personen und Institutionen, historisch-pädagogischen Ausstellungen, Gedenkstätten, Gedenktafeln und Straßennamen, einzelnen Einrichtungen wie Topographie des Terrors, Haus der Wannsee-Konferenz, Jüdisches Museum u.v.m. Bereits seit 1987 werden – auf der Grundlage dieser differenzierten Systematik – kontinuierlich Tageszeitungen und Periodika ausgewertet und (nach Jahren sortiert) den einzelnen Sammelgebieten zugeordnet, die augenblicklich insgesamt ca. 15 000 Artikel umfassen. Um die Dokumentation weiter zu vervollständigen, werden zudem nach und nach die zurückliegenden Jahrgänge des »Tagesspiegels« eingearbeitet. Ferner ist im Rahmen der Exil-Projektreihe ein Spezialsammlungsgebiet mit biographischen Angaben zu mittlerweile einigen Tausend durch das NS-Regime zur Emigration gezwungener Berlinerinnen und Berliner entstanden. Zur regen Benutzung dieses Fundus wird herzlich eingeladen!

Zu guter Letzt sei noch eine schneller Griff in die Anekdotenkiste erlaubt. Zu den eindrücklicheren Erfahrungen im Büro des Aktiven Museums zählt ein zwar irgendwie naheliegendes, dessen ungeachtet immer wieder aufs Neue irritierendes Phänomen, das die Mitarbeiter/innen des Vereins wohl auch in den kommenden 15 Jahren begleiten dürfte: Dutzendweise haben wir sie von dannen ziehen sehen, jene hochmotivierten, besonders fleißigen Großstadtwanderinnen und -wanderer, die in Erwartung eines mutmaßlich außergewöhnlichen Museums bei uns eintraten und die – doch einigermaßen profane – Geschäftsstelle nach rascher Aufklärung ernüchtert wieder verließen und sich im günstigsten Fall auf den Weg zu einer unserer Ausstellungen begaben.

Georg Armbrüster
arbeitet als
wissenschaftlicher
Angestellter für das
Aktive Museum e.V.